# Staatsanwaltschaft des Kantons Bern

#### Ministère public du canton de Berne

Generalstaatsanwaltschaft

Parquet général

Nordring 8 Postfach 3013 Bern Telefon 031 636 25 00 Telefax 031 634 50 50

# Weisung

### Verfahrensablauf in der Strafbefehlsabteilung

Art. 90 Abs. 3 Gesetz vom 11. Juni 2009 über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG)<sup>1</sup> und Art. 30 Organisationsreglement der Staatsanwaltschaft vom 15. Oktober 2010 (OrR StAw)<sup>2</sup>



#### 1. Umfang der Beweiserhebung

Vor Erlass des Strafbefehls kann die Strafbefehlsabteilung unvollständige Anzeigen der Polizei zur Nachbesserung zurückweisen oder einfache Formularauskünfte einholen, sofern dies der Strafbefehlsabteilung nur geringfügigen Aufwand verursacht.

#### 2. Publikation

Strafbefehle und Verfügungen sind nicht zu publizieren, wenn die Bedingungen gemäss Art. 88 Abs. 1 lit. a bis c der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO)<sup>3</sup> erfüllt sind. Das Vorliegen der Bedingungen ist aktenkundig zu machen.

#### 3. Einsichtnahme

- 3.1 Innerhalb einer siebentägigen Auflagefrist können interessierte Personen während den Schalteröffnungszeiten in eine Liste der rechtskräftigen Strafbefehle sowie in die Strafbefehle selber gemäss Art. 69 Abs. 2 StPO Einsicht nehmen.
- 3.2 Die Einsichtnahme nach Ablauf von 30 Tagen ab Rechtskraft eines Strafbefehls richtet sich nach dem kantonalen Datenschutzgesetz vom 19. Februar 1986 (KDSG)<sup>4</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> BSG 161.1

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> BSG ■■■

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> SR 312.0

<sup>4</sup> BSG 152.04

## 4. Beweiserhebung im Einspracheverfahren

- 4.1 Mit Ausnahme der Einvernahme der Einsprecherin oder des Einsprechers erfolgen keine weiteren Beweismassnahmen.
- 4.2 Sind weitere Beweismassnahmen zu treffen, sind die Akten der leitenden Staatsanwältin oder dem leitenden Staatsanwalt zwecks Eröffnung einer Untersuchung weiterzuleiten.

# 5. Formmängel von Einsprachen

Einsprachen, welche an Formmängeln leiden, sind zur Beurteilung ihrer Gültigkeit an das Regionalgericht zu überweisen.

Inkrafttreten: 1. Januar 2011

Bern, 20. Dezember 2010

Der Generalstaatsanwalt

(sig.) Rolf Grädel